

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badisches Volksecho. 1946-1950 1947

41 (8.10.1947)

Badisches VOLKSECHO

Wochenblatt der Kommunistischen Partei Deutschlands / Landesbezirk Baden

Jahrgang 2, Nr. 41

Mannheim, den 8. Oktober 1947

Preis 15 Pfg.

Stärkung der Kräfte des Friedens!

Zur Schaffung des Informationsbüros kommunistischer Parteien

In der Erklärung über die Schaffung eines Informationsbüros kommunistischer Parteien in Belgrad, die von den Vertretern kommunistischer Parteien aus 9 Ländern auf einer Konferenz in Warschau beschlossen wurde, wird lediglich hervorgehoben, daß die nach dem Sieg über den Faschismus eingetretene Wendung der Internationalen Lage und die Quertreibereien der reaktionären Kriegshetzer einer Koordinierung der Tätigkeit der kommunistischen Parteien und die Sammlung der demokratischen Kräfte gegen die Anschläge der internationalen Reaktion notwendig machen.

Die Schaffung des Informationsbüros wurde sowohl von der SPD-Führung, als auch von der reaktionären Presse zum Anlaß einer erneuten Hetze gegen die Sowjetunion, gegen die Volksdemokratie und gegen den Kommunismus genommen. Auch SED-KPD werden in diesem Zusammenhang angegriffen und der Kampf für die sozialistische Einheit in ganz Deutschland als „Befehl Moskaus“ und der neuen „Komintern“ in Belgrad denunziert.

Die SPD-Führung stellt bei ihrer Hetze die Tatsachen auf den Kopf. Sie spricht von einem „Bruch der internationalen Zusammenarbeit“ und „imperialistischer Aggressionen“ Moskaus, dem „Streben des Kommunismus nach Weltherrschaft“ usw. Alle diese Lügen haben nur einen Zweck: Sie sollen von den Plänen der Imperialisten ablenken und von der Bedeutung, die dem Belgrader Büro bei der Stärkung aller Friedenskräfte zu-

kommt. Es geht nicht um eine Neugründung der Komintern, sondern um die Schaffung internationaler Verbindungen der Arbeiterparteien zur Stärkung des Kampfes um den Frieden und gegen Manöver der Kriegshetzer. Niemand von antifaschistischer Seite hat z. B. den Tagungen der Sozialistischen Parteien in London und Zürich das Recht bestritten, die internationalen Beziehungen wieder aufzunehmen. Man hätte nur gewünscht, daß dort ebenso ernsthaft und energisch, wie anläßlich der Warschauer Tagung, die internationale Zusammenarbeit der fortschrittlichen Kräfte gegen Reaktion und Kriegsdrohung im Vordergrund gestanden hätte. Es ist natürlich lächerlich, bei einer Maßnahme zur Stärkung der fortschrittlichen Kräfte in Ost und West, wie es der Warschauer Beschluß ist, von einem „Bruch der internationalen Zusammenarbeit“ zu sprechen. Es sind die

Kriegshetzer von Wallstreet, die internationalen Abmachungen brechen und hinter einem Rauchvorhang von falschen Beschuldigungen gegen die Sowjetunion und gegen Kommunismus ihren imperialistischen Expansionsfeldzug gegen Freiheit und Frieden führen. Von der Notwendigkeit soll abgelenkt werden, die Einheit der Arbeiterbewegung vor der Spaltungsarbeit der Reaktion und ihrer Handlanger zu schützen.

Als Beitrag zur Stärkung der internationalen Verbindung der Arbeiterparteien kann und muß daher die Schaffung des Informationsbüros der kommunistischen Parteien in Belgrad von allen Arbeiterparteien und allen demokratischen Kräften freudig begrüßt werden. Es wäre wünschenswert, wenn alle Arbeiterparteien ihre Anstrengungen zur Sicherung des Friedens und der nationalen Unabhängigkeit ihrer Völker vereinigen würden. Dabei ist natürlich die Verständigung der Arbeiterparteien in jedem einzelnen Land von entscheidender Bedeutung. Der Kampf der SED um die Schaffung einer einheitlichen Arbeiterpartei kann daher als ein wichtiger Beitrag zur internationalen Verständigung der Arbeiterklasse und als wichtiger Beitrag zur Sicherung des Friedens und der Freiheit angesehen werden.

Für Verbesserung der Ernährungslage

Ernährungsdebatte im Landtag — „Freie Initiative“, die Initiative der Gauner und Schieber!

(Eigenbericht) In der Landtagssitzung vom 1. Oktober 1947 wurde einstimmig ein von der kommunistischen Fraktion eingebrachter Antrag zur Verbesserung der Ernährungslage angenommen. Er lautet:

1. In Anbetracht der reichen Obst- und Gemüseernte und der Tatsache, daß die seitherige Zuteilung von 15 kg Obst größtenteils in wenig haltbarem Frühobst bestand, wird das Landwirtschaftsministerium ersucht, noch eine weitere Zuteilung von Winterobst auszugeben.

2. Das Landwirtschaftsministerium wird ersucht, beim Ernährungs- und Landwirtschaftsrat dahin zu wirken, daß

a) solange durch die umfangreichen Schlachtungen größere Fleischmengen anfallen, für die gekürzten Zuteilungen an Fett, Käse und Milch einen entsprechenden Ausgleich durch erhöhte Fleischzuteilungen zu geben,

b) die vorgesehene Ausgabe von Trockenmilch nicht auf die Städte mit über 50 000 Einwohner zu beschränken, sondern auf alle Gemeinden auszudehnen, in denen die Versorgung der Normalverbraucher mit Frischmilch nicht gewährleistet ist.

Zu Beginn der Sitzung gab Landwirtschaftsminister Stooß einen Rechenschaftsbericht. Aus ihm geht hervor, daß in den kommenden Monaten nach den bisherigen Plänen der Brotgetreideimport zurückgehen wird und daß bei Aufrechterhaltung der hohen Brottration in Bälde die eigene Ernte weitgehend herangezogen werden muß. Das heißt mit anderen Worten, daß die 300 000 t monatliche Getreidelieferungen nicht gesichert sind, und daß wir spätestens bis Ende des Jahres die eigene Erzeugung verbraucht haben.

Die Rede des Ministers konnte nicht verborgen, wie sich hinter der bizonalen Ernährungsregelung immer wieder

partikularistische Sonderinteressen bemerkbar machen, die sich zum Schaden insbesondere auch unserer eigenen Heimat auswirken. In der Kartoffelwirtschaft ist der Hektarertrag für Württemberg-Baden mit 114 dz festgesetzt, während die britische Zone ein Soll von 120 dz trotz der wesentlich besseren Ernte hat. Dort geht man in einzelnen Ländern nun einfach dazu über, 2 Zentner Kartoffeln auszugeben, während bei uns kaum 1 Zentner gesichert ist. Die Militärregierung hat bisher einen Ersatz für die fehlenden Kartoffeln der laufenden Periode verweigert.

Zur Obstversorgung gestand der Minister nur ein, daß nicht alles ganz reibungslos verlaufen sei. Eine Bewirtschaftung bis zum letzten Zentner sei aber praktisch unmöglich. Zwischenruf des Abg. Schreck (KPD): „Noch nicht einmal die Hälfte ist erfaßt worden.“

Von der 8 Millionen dz betragenden Gesamt-Obsternte seien nach einer

Auskunft Dr. Eisenmanns nur 2,6 Millionen dz erfaßt und nur 1 Million dz geliefert, erklärte Abg. Margullis (DVP), und „was nach dem März werden soll, weiß niemand“.

Abg. Nuding (KPD) wandte sich scharf gegen die immer stärker werdende Kommunistenhetze. Die heutige Zwangswirtschaft, die der Abg. Margullis so beklagte, sei das legitime Kind der so gefeierten freien kapitalistischen Wirtschaft. Die Reichsnährstandsbürokratie sei von eben jenen bürgerlichen Parteien geschaffen und erhalten worden, die hier ein Geschrei darüber anstimmten. „Die freie Initiative“ sei die Initiative der Schieber und Gauner. Abg. Nuding brachte treffende Beispiele, die seine Ausführungen unterstrichen. Wir können dem Bauern nur dann auch in der Preisfrage helfen, wenn es gelingt, durch Kontrolle der industriellen Produktion ihm Gerät und Maschinen zu verschaffen.

Zum Marshallplan

Hier spricht der Dollar...

„Der Marshall-Plan kann, wenn er konsequent genug verwirklicht wird, zur Gesundung des Welthandels beitragen.“

(„Handelsteil des Tagesspiegel“ vom 27. September 1947).

„New York (DPD). Dr. Schumacher bezeichnete in einer Pressekonferenz in New York den Marshall-Plan als „einzige Rettung für die werktätige Bevölkerung“. Seine Verwirklichung werde die wirtschaftliche Gesundung nicht nur Deutschlands, sondern ganz Europas zur Folge haben.“

(„Der Tagesspiegel“ vom 27. September 1947).

... Hier spricht das Volk

„Der Marshall-Plan hat sich direkt aus der Rede Byrnes in Stuttgart ent-

wickelt, als er die allgemeine Politik aufzeigte, die zu einer Teilung Deutschlands, dessen Aufspaltung in halbautonome Staaten und zur ausschließlichen anglo-amerikanischen Kontrolle der Ruhr führen sollte... Die Truman-Doktrinäre sind entschlossen, den Briten die Kontrolle des Ruhrgebietes zu entreißen, ihnen den Hauptstützpunkt in Europa zu nehmen und Bevins Ankündigungen über die bevorstehende „Sozialisierung“ der Ruhr im Keime zu ersticken, während sie Frankreich in einen Block unter amerikanischer Kontrolle hineinzwängen.“

(James G. Allen in der amerikanischen Monatszeitschrift „Political Affairs“ vom Juli 1947.)

Für uns gibt es keine Zerreißung Deutschlands. Das deutsche Volk ist sich einig darüber, daß gemeinsame Not gemeinsam bekämpft und besiegt werden muß.

Otto Grotewohl

(Schlußwort auf dem 2. Parteitag der SED.)

Vor den Gemeindewahlen

Von Aneete Langendorf

Im württembergisch-badischen Landtag wurde in der vergangenen Woche ein Wahlgesetz zur Gemeindewahl in Württemberg-Baden behandelt. Das Gesetz hat eine kleine Vorgeschichte. Vor ungefähr sechs Wochen wurde vom Innenministerium an die größeren Städte eine Anfrage gerichtet, wie sie sich zu einem Ermächtigungsgesetz stellen, mit dem ermöglicht werden soll, noch vor Ende des Jahres die Gemeindewahlen in Württemberg-Baden durchzuführen. Die große Eile war verdächtig, denn Gemeindewahlen noch vor Ablauf des Jahres lassen nicht mehr zu, ein ordnungsgemäßes Wahlgesetz, oder gar eine Gemeindeverfassung zu schaffen, die ja die Vorbedingung einer ordnungsgemäßen Gemeindewahl sein müßte. Innenminister Ullrich versuchte das Vorgehen des Ministeriums damit zu rechtfertigen, „daß sich die Verhältnisse in den nächsten Monaten stetig verschlechtern werden und deshalb ein schlechtes Wahlklima schaffen würden und die Stimmabgabe der Wähler nicht mehr mit Ueberlegung, sondern verzerrt oder verzweifelt erfolge.“ Trotz dieser Argumentation begegnete das Ermächtigungsgesetz heftigem Widerstand. Das Ministerium mußte es fallen lassen. In Eile soll nun eine Wahlordnung geschaffen werden, die noch vor dem 7. Dezember rechtskräftig werden soll.

Die Regierung hält am 7. Dezember als Wahltermin fest. Dazu muß man aber wissen, wie und was man wählen soll, kurz, es muß eine Gemeindeordnung vorhanden sein. Diese bis dahin zu schaffen, ist unmöglich. Deshalb soll nun im Landtag eine Wahlordnung ausgearbeitet werden. Diese nimmt der zu schaffenden Gemeindeordnung eine Reihe wichtiger Fragen vorweg. So muß z. B. bestimmt werden, wer wählen und wer gewählt werden darf, wobei die Frage der Mitläufer und Minderbelasteten keine kleine Rolle spielt. Bei der Praxis unserer Spruchkammern dürfte eine Person, die befähigt ist, einen Landrats- oder Bürgermeisterposten zu bekleiden, kaum ein unbeschriebenes Blatt in der Nazizeit gewesen sein, weshalb wir Kommunisten ihnen wohl das aktive, nicht aber das passive Wahlrecht geben wollen. Innenminister Ullrich hoffte, unseren Entschluß dadurch zu erschüttern, daß er den russischen Oberbefehlshaber in Deutschland, Marschall Sokolowski zitierte, der durch Verordnung den Mitläufern auch das passive Wahlrecht sichert. Unser Sprecher erklärte jedoch, daß wir uns nicht nach Marschall Sokolowski, sondern nach unseren Verhältnissen richten müßten. In der Ostzone wird bekanntlich die Entnazifizierung nach anderen Gesichtspunkten und viel gründlicher als hier durchgeführt. Es muß das Wahlalter, die Ansässigkeitsdauer der Wähler, die Amtsdauer der Gemeinderäte, Landräte und Bürgermeister usw. festgesetzt werden. Von Wichtigkeit war gerade für uns Badener im Landtag die Form des Gemeindeparlaments. Wir hatten früher außer den Gemeinderäten die Bürgerausschüsse, die eine der demo-

(Fortsetzung auf Seite 3)

Badische
Landesbibliothek

Vor den Gemeindewahlen

(Fortsetzung von Seite 1)

kratischsten Einrichtungen darstellten. Man versuchte sie mit dem Hinweis, daß man ein Zweikammersystem ablehne, abzutun. Nun handelt es sich aber bei den Bürgerausschüssen keineswegs um ein Zweikammersystem, da der Bürgerausschuß zusammen mit den Gemeinderäten die alleinige Körperschaft war, die Beschlüsse fassen konnte. Der Vorteil der Bürgerausschüsse war ihr Kontrollrecht und die Möglichkeit, die Arbeit der gewählten Vertreter auf breitere Schultern zu verteilen. Innenminister Ulrich gestand nun den beiden Städten Badens, Mannheim und Karlsruhe, die gleichgroße Zahl an Gemeinderäten wie Stuttgart zu, also 48. Dadurch ist ein gewisser Ausgleich gegenüber dem badischen System geschaffen.

Etwas vollkommen Neues ist für uns in Baden die Art der Wahl. Durch das sogenannte Kommulieren und Panaschieren soll weitgehendst die Persönlichkeit des zu Wählenden in den Vordergrund gestellt werden. Es kompliziert aber den Wahlgang ungeheuer.

Schon aus diesen wenigen Andeutungen ist zu ersehen, welcher großer Fragenkomplex zu klären ist, ehe an die Wahl gegangen werden kann. Wir Kommunisten wandten uns entschieden gegen eine Uebereilung und verlangten die Ausarbeitung einer guten Gemeindeordnung, zumindest aber einer gründlich durchgearbeiteten Wahlordnung. Diese rechtzeitig fertigzustellen, ohne die Wahlvorbereitungen einzuengen, ist bis 7. Dezember kaum möglich. Typisch ist, daß der von der Regierung ausgearbeitete, nicht dem Parlament vorgelegte Gesetzentwurf bereits bei einer Schulung von Verwaltungs-

beamten als Lehrmaterial verwendet wurde. Nach dem Entwurf ist vorgesehen, daß die Legislaturperiode 6 Jahre betragen soll, wobei alle 3 Jahre die Hälfte der Gemeinderatsmitglieder durch Wahl erneuert wird. Angesichts der vollkommen ungeklärten Verhältnisse, in denen wir leben — wir haben noch keinen Frieden, viele Kriegsgefangene sind noch fort, die Währungsreform steht bevor, die Flüchtlingsfrage ist nicht geregelt — ist es widersinnig, auf so lange Dauer die Gemeindeverwaltungen zu wählen. Wir wenden uns gegen die vorgesehene Amtsdauer der Bürgermeister von 9 oder 12, wie die der Landräte von 6 bis 9 Jahren. Es handelt sich in diesem Falle um Wahlbeamte, was ja auch aus der Bestimmung, daß sie durch Urwahl gewählt werden müssen, hervorgeht. Dann müssen sie aber auch mit den neuen Gemeindeparlamenten neu gewählt werden, um der Willensbildung der Wähler Rechnung zu tragen. Auch der Einwand, daß bei den heutigen Aufgaben eines Bürgermeisters speziell im Hinblick auf den Städtebau ein rascher Wechsel nicht erwünscht sei, ist nicht stichhaltig, denn schließlich wird nicht der Bürgermeister als Person, sondern das Gemeindeparlament diese Aufgaben lösen.

Dies ist nur ein kleiner Ausschnitt der stehenden Probleme. Ob alle diese Fragen in so kurzer Zeit eine befriedigende Lösung finden können, ist zweifelhaft. Immerhin ist damit zu rechnen, daß die bürgerlichen Parteien kein Mittel unversucht lassen, den Termin einzuhalten. Die schaffende Bevölkerung hat dann den Beweis zu erbringen, daß ihr Kampf um die Besserung ihrer Lebensverhältnisse nicht „wahklimateisch“ bedingt ist.

Simpfendörfer und sein „Fall“
CDU stellt die Dinge auf den Kopf

Die Stuttgarter „Volksstimme“ schreibt über den Ausgang des Falles Simpfendörfer und die Reaktion, die er bei der CDU-Führung hervorgerufen hat, folgendes:

Der Spruch gegen den CDU-Führer Wilhelm Simpfendörfer hat den Schlußstrich unter eine Entwicklung gezogen, die geeignet war, das Vertrauen der Bevölkerung in den Landtag und in die Regierung zu erschüttern. Man sollte meinen, auch die CDU würde aufpassen.

In einem Kommentar zu dem Urteil beliebt sich die „Union“ so auszudrücken, als ob die Ehre und das Ansehen Simpfendörfers und darüber hinaus der CDU mit verwerflichen Mitteln erschüttert werden sollte. Man sollte meinen, daß nach den erwiesenen Tatsachen die CDU alle Ursache hatte, mit diesem Ausgang zufrieden zu sein und nicht erst noch mit großem Stimmenaufwand die Affäre Simpfendörfer zu einer solchen der CDU schlechthin zu

machen. Statt dessen wird angesichts des Minderbelasteten Simpfendörfer davon gesprochen, daß aus der Not und Bitterkeit unseres Volkes von verantwortungslosen Menschen für ihre politischen Zwecke Kapital geschlagen werde. Weiter sei eine schwere Krise unseres politischen Neuanfangs und eine weitgehende Diskreditierung der Demokratie die Folge gewesen und das Volk könne nicht verstehen, daß Presse und Rundfunk dieser Sensation so viel Raum schenken und der Landtag wertvolle Tage opferte.

Sehr richtig! Nur ist es notwendig, das Kind wieder auf die Beine zu stellen. Wir halten es für ziemlich gewagt, aus der Not des Betroffenen Simpfendörfer eine Not unseres Volkes zu machen. Es hätte an ihm gelegen, seiner Partei und nicht zuletzt auch sich selbst diese zu ersparen. Daß er der verfassungs- und gesetzgebenden Körperschaft eine Diskreditierung ersparen würde, hätte man von ihm er-

Das Gesetz in seiner majestätischen Gleichheit verbietet Armen wie Reichen unter Brücken zu schlafen, auf Straßen zu betteln und Brot zu stehlen.
Anatole France.

Träger der roten Fahne



seines Ruhmes, statt dem Beifall von Paris zu lauschen, sich Schritt für Schritt zum Sozialismus bekannte, ja als Akade-

So nennt Upton Sinclair den großen Meister der französischen Dichtkunst, Anatole France, der im Alter von 52 Jahren als würdig befunden wurde, in die Reihen der „40 Unsterblichen Frankreichs“ erhoben zu werden, d. h. in die französische Akademie zu Paris aufgenommen wurde, und nun, auf der Höhe

miker Sozialist wurde. Die Bourgeoisie Frankreichs, die ihn nun einmal zu den „unsterblichen Richelieus“ zugelassen hatte, konnte ihn nicht mehr loswerden. Sie mußte zusehen, wie er sich beim Ausbruch des Kampfes um den Fall Dreyfuß mit Emile Zola, den er vorher als Schriftsteller bekämpft hatte, in die Schranken warf und gegen eine Justiz Stellung nahm, die einen Menschen verurteilte, der nur eines Vergehens beschuldigt werden konnte, nämlich: Jude zu sein; sie mußte zusehen, wie er Romane schrieb mit radikaler Tendenz und in Arbeiterversammlungen redete, was „ehrbare Zeitungen“ nicht wiedergeben konnten; sie mußte zusehen, wie er auf den Straßen von Paris, eine rote Fahne tragend, gegen die Freisprechung des Mörders Jaures demonstrierte; sie mußte zusehen wie er, einer dieser 40 Unsterblichen den Kampf gegen die andern 39 aufnahm und ihnen beweist, daß ihre Kunst nicht der Freiheit und Gerechtigkeit, sondern den Interessen der herrschenden Klasse diene.

Anatole France ist am 16. April 1844 als Sohn eines Buchhändlers in Paris geboren und lernte schon als Knabe die Werke der Großen aller Länder und Sprachen

Hoffnungen ein Selbstbetrug!

USA-Abgeordneter über den Marshallplan

Der republikanische Abgeordnete Francis Case (USA) richtete eine ernste Mahnung an die europäischen Länder, dem Selbstbetrug hinsichtlich der von den Vereinigten Staaten zu erwartenden finanziellen Hilfe ein Ende zu bereiten. Es sei ein verhängnisvoller Irrtum, den Marshall-Plan als feststehende Tatsache zu betrachten.

Der Abgeordnete gab seine Erklärung bei der Rückkehr von einer vierwöchigen Studienreise durch England und den europäischen Kontinent ab, die er zusammen mit 18 anderen Mitgliedern eines Kongreßausschusses für Auslandshilfe durchgeführt habe.

Niemals sei Außenminister Marshall vom Kongreß ermächtigt worden, Europa ein finanzielles Hilfsangebot der Vereinigten Staaten zu machen.

Case legt die verfassungsmäßigen Hürden dar, die dem Hilfsprogramm entgegenstünden und erklärte:

„Es hat für die europäischen Länder keinen Zweck, sich über diese Angelegenheit etwas vorzumachen. Den

hilfesuchenden Ländern wäre besser geraten, wenn sie nicht zuviel Hoffnung auf Hilfe von außen setzten, und stattdessen alles erdenkliche versuchen würden, was sie aus eigener Kraft tun können. Ständig sei vom Marshall-Angebot die Rede,“ fuhr der republikanische Abgeordnete fort. „Dieser Begriff sei in England und ganz Europa Allgemeingut geworden und unglücklicherweise haben das amerikanische Außenministerium oder die amerikanische Verwaltung nichts getan, um diesen Begriff richtig zu stellen, wie es ihre Pflicht gewesen wäre. Nichts sei unternommen worden, um die Völker über die wahre Situation aufzuklären.“

Case wies sodann auf die niedrigen Beträge hin, die für eine Zwischenhilfe zur Verfügung ständen und die manchem die Augen geöffnet haben müßten. Auch der britische Außenminister Bevin habe, als er bei Verkündung des sogenannten Marshall-Planes mit beiden Händen zugriff, einen Weg entworfen, der in keiner Weise durch die Tatsachen gerechtfertigt sei.

Befreiung von Wallstreet notwendig

„Von Grund auf angefault“

„Wenn die reaktionären Kapitalisten, die gegenwärtig die Kontrolle über die Regierung ausüben, nicht verjagt werden, dann werden sich die Vereinigten Staaten einer Krise gegenübersehen, die schlimmer sein würde als die vom Jahre 1929,“ erklärte der ehemalige Vizepräsident der USA, Henry Wallace, in seiner Rede in Boston. Das Land müsse von der Vorherrschaft der Wallstreet befreit werden.

Der Redner kritisierte die amerikanische Außenpolitik, die er als „von Grund auf angefault“ bezeichnete und wandte sich dagegen, daß die Außenpolitik der Vereinigten Staaten in Friedenszeiten von einem General bestimmt werde.

In der neuesten Ausgabe seiner

Zeitschrift „New Republic“ schreibt H. Wallace:

„Ich habe überhaupt kein Vertrauen zu irgendeiner Form des Marshall-Planes, da er Westeuropa in Gegensatz zu Osteuropa bringt. Die USA werde davon, daß sie Milliarden von Dollar zum Druck auf Regierungen und Völker verwenden, nichts als Haß ernten. Reaktionäre, die glauben, daß die Vereinigten Staaten ihre Haut retten, werden allerdings die USA preisen. Die Arbeiter jedoch werden die USA hassen, weil die Vereinigten Staaten ihre Ansicht nach versuchen, reaktionäre Regierungen zu unterstützen oder einzusetzen und das Wirtschaftssystem von Westeuropa zum Vorteil der Wallstreet zu beeinflussen.“

Tödliche Krise des Kapitalismus

Großbritannien sollte einer gefährlichen und einseitigen Bindung an die USA und Westeuropa durch Entwicklung und Ausweitung seiner Handelsbeziehungen mit den Staaten des demokratischen Aufbaues in Osteuropa und der Sowjetunion entgegen wirken, erklärte K. Zilliazus im Namen der acht Parlamentsmitglieder der Labour-

warten müssen. Daß Simpfendörfer, nachdem seine Belastung offenbar geworden war, von der CDU nochmals demonstrativ zu ihrem Vorsitzenden gemacht wurde, spricht weder für ihn noch für sie. Er durfte nie darauf spekulieren, daß sich etwa gegen den Landtagsabgeordneten, Parteivorsitzenden und Kultminister Simpfendörfer kein Kläger finden würde. Wenn die „Union“ uns heute noch weismachen will, daß nicht der Beklagte, sondern der Kläger schuldig sei, angefangen von FKM, den man sogar schon inquisitorisch zum Kommunisten gestempelt hatte, dann ist das beklagenswert.

Party, die sich unter seiner Führung eine Woche in der CSR aufgehalten hatten, vor der tschechoslowakischen Presse. Sie seien der Überzeugung, so sagte er, daß die Krise, in der sich Großbritannien und ein großer Teil der Welt befinden, die tödliche Krise des Kapitalismus sei. Der einzige Ausweg liege in einem weiten Streben zum Sozialismus. Die britischen Beziehungen zur Sowjetunion und Osteuropa könnten zum gegenseitigen Nutzen verbessert werden.

Die britischen Parlamentsmitglieder betonten in einer gemeinsamen Erklärung, daß es zu spät sei, den Kapitalismus in Europa wieder herzustellen. Schon der Versuch würde im Ergebnis keinesfalls zu einer Verbreiterung der Demokratie, sondern, wie es in Griechenland der Fall sei, zu einem Wiederaufbau des Faschismus führen. Die Abgeordneten unterstrichen, daß die Labour-Party, die Gewerkschaftsbewegung und die überwältigende Mehrheit des britischen Volkes in dem Entschluß vereint seien, keinen neuen Krieg zuzulassen. Die gegenwärtige britische Außenpolitik dürfe nicht als Ausdruck des Willens der gesamten Labour-Party angesehen werden.

dem Staub in seines Vaters Buchhandlung eingatmet hatte, Fatalist und Spötter.

Er starb hoch an Jahren, am 13. Oktober 1894 in Paris. Heute ehrt Frankreich diesen großen Sohn indem es ihm im Pantheon eine Grabstätte bereitet hat.

Worte Anatole Frances:

„Vernunft, Weisheit, Einsicht alle Mächte des Gemüts und des Verstandes, denen ich immer versuchte ergeben zu sein, kommt mir zu Hilfe, kräftigt meine Stimme, trägt sie, wenn es möglich ist, zu allen Völkern der Welt und verbreitet sie unter allen, die guten Willens sind, die segensreiche Wahrheit zu hören. Eine neue Welt wird geboren. Die Mächte der Finsternis liegen im Sterben, vergiftet von ihren eigenen Verbrechen! Die Habgierigen und die Brutalen, die Zerstörer der Völker, haben sich den Magen an Blut verdorben. Wie tief sie auch durch die Sünden ihrer blinden und korrupten Herren verwundet sind, zerschleichen und dezimiert, die Arbeiter bleiben aufrecht und wir werden die große sozialistische Prophezeiung erfüllt sehen: Die Vereinigung der Arbeiter wird der Friede der Welt sein.“

Gesamdeutsche Gewerkschaftspolitik

Kongreß aller Gewerkschaften Deutschlands notwendig

Zur brennendsten Frage der Gewerkschaftsbewegung in Deutschland entnehmen wir einem Artikel von Hans Jendretzky, dem Vorsitzenden des FDGB nachstehenden Abdruck:

Die sehnlichst gewünschte Vereinigung aller deutschen Gewerkschaften muß nun Tatsache werden. Es ist selbstverständlich, daß eine Vereinigung unserer Gewerkschaften nicht nur eine organisatorische sein kann. Wir wollen die Vereinigung in Übereinstimmung mit der großen Masse aller Gewerkschaftler aus allen Zonen und verfolgen dabei das Ziel, die Interessen des werktätigen deutschen Volkes in der denkbar besten Weise zu vertreten.

Ein gesamtdeutscher Gewerkschaftskongreß wird deshalb Stellung nehmen müssen, nach welchen politischen Gesichtspunkten die Interessenvertretung zu geschehen hat. Eine Gewerkschaftsbewegung, frei vom Unternehmertum und unabhängig vom Staat oder einer politischen Partei, muß ein politisches Konzept haben, eben eine festgelegte, von einem demokratisch gewählten Kongreß beschlossene Gewerkschaftspolitik.

Die gesamtdeutsche Gewerkschaftsbewegung kann und darf sich nicht erlauben, auf eine den Notwendigkeiten angepaßte, fortschrittliche, dem werktätigen Volk und darüber hinaus der deutschen und internationalen Arbeiterklasse, einem dauerhaften Frieden dienende Gewerkschaftspolitik zu verzichten. Ebensoviele darf die Gewerkschaftspolitik in ihrer Auswirkung die gesamte Arbeiterbewegung schädigen und dem Kapitalismus nutzbringend sein. Es wird der Sinn und der Zweck eines kommenden gesamtdeutschen Gewerkschaftskongresses sein, für die gesamte deutsche Gewerkschaftsbewegung eine einheitliche, für alle Gewerkschaftseinheiten gültige und von jeder Einheit durchgeführte Politik festzulegen und eine Leitung zu wählen, die für die Durchführung dieser Politik Sorge trägt und die Interessen der Mitglieder in jeder Beziehung wahr.

In der deutschen Gewerkschaftsbewegung zeichnen sich im dritten Jahre nach der Niederschlagung des Hitlerismus bereits zwei gewerkschaftspolitische Richtungen ab. Die eine ist die des FDGB in der sowjetisch besetzten Zone und des FDGB Groß-Berlin. Sie ist festgelegt auf dem 1. FDGB-Kongreß im Februar 1946 und erneut bestätigt auf dem 2. FDGB-Kongreß sowie in mehreren Delegiertenkonferenzen und Kongressen der Berliner Organisation. Diese Politik ist mitbestimmend und findet ihre Anwendung durch die Industriegewerkschaften und

Gewerkschaften des FDGB, die in den Grundsätzen des FDGB verankert ist. Diese Grundsätze sehen vor, die innere Einheit der freien Gewerkschaften und die Bekämpfung aller solcher Ideologien, die gegen die Interessen der Arbeiter und Angestellten und des werktätigen Volkes gerichtet sind. Die andere politische Gewerkschaftsrichtung findet Befürworter und Anwendung im Westen Deutschlands. Die Hauptmerkmale dieser Politik sind:

„Konzentration auf rein gewerkschaftliche Fragen, wie Lohn- und Tarifpolitik, Arbeitsrecht und Sozialpolitik, für Investierung amerikanischen Kapitals als alleinige Rettung der deutschen Wirtschaft, für die Anerkennung bzw. Schaffung von Unternehmerverbänden, vorläufige Zurückstellung der sozialistischen Idee, außenpolitische Orientierung in Anlehnung an die Westmächte und schroffe Ablehnung einer „Ostpolitik.“

Der von allen deutschen Gewerkschaften angestrebte Kongreß der freien Gewerkschaften Deutschlands sollte nicht vor die Frage gestellt wer-

den, entweder die eine oder die andere dieser beiden gewerkschaftspolitischen Richtungen anzunehmen. Die Gewerkschaftspolitik für die nächsten Jahre festzulegen, darf auch nicht dem Zufall überlassen bleiben. Der Ernst der Situation erfordert, daß wir in sachlicher, kameradschaftlicher Form unter weitgehendster Mithilfe aller deutschen Gewerkschaftskollegen ein möglichst umfassendes gewerkschaftspolitisches Programm herausarbeiten, das die Gegenwart richtig einschätzt, umsichtig und weitsichtig die Interessen der Mitglieder vertritt, den Werktätigen und dem deutschen Volke nützlich ist und einem dauerhaften Frieden dient.

Ich betrachte es als selbstverständlich, daß dabei die bisher in unserer Bewegung angewandte Gewerkschaftspolitik — beide Richtungen — einer ernsten und sachlichen Kritik unterzogen wird. Das ist um so notwendiger, als die Gewerkschaftspolitik im Nachhitlerdeutschland mitbestimmend über Deutschlands Sein oder Nichtsein und mitentscheidend dafür ist, ob Deutschlands Ansehen in der Welt wächst, Deutschlands Arbeiterklasse das Vertrauen der Werktätigen in der Welt wiedergewinnt und dadurch die Voraussetzungen dafür schafft, daß das deutsche Volk wieder menschenwürdig, besser und glücklicher leben kann als in der Vergangenheit.

Gedenktage

DER WOCHE

- 8. 10. 1917 Bildung der Sowjetregierung; Lenin wird Vorsitzender des Rates der Volkskommissare.
- 9. 10. 1837 Charles Fourier, utopischer Sozialist, gestorben.
- 1547 Cervantes, Dichter des Don Quichote, geboren.
- 10. 10. 1807 Aufhebung der Erbuntertänigkeit der Bauern in Preußen unter Freiherrn vom Stein.
- 11. 10. 1944 Ernst Schneller, Mathes Thesen und zahlreiche andere Arbeiterführer ermordet.
- 1825 Conrad Ferdinand Meyer, Dichter, geboren.
- 12. 10. 1907 Karl Liebknecht wegen seiner Schrift „Militarismus und Antimilitarismus“ zu 1½ Jahren Festung verurteilt.
- 1492 Columbus landet in Amerika.
- 13. 10. 1943 Italien erklärt Nazi-Deutschland den Krieg.
- 1924 Anatole France, französischer Schriftsteller, gestorben.
- 14. 10. 1933 Hitlerregierung erklärt Deutschlands Austritt aus dem Völkerbund und der Abrüstungskonferenz.
- 1891 Erfurter Programm über Sozialdemokratischen Partei Deutschlands angenommen.

Gegen Hunger und Wintersnot!

Neckarstadt-West folgt dem Ruf der KPD

Schon am frühen Morgen herrschte auf dem Marktplatz der Neckarvorstadt ein reges Gedränge. Die Bevölkerung des Städtchens Neckarstadt-West war dem Rufe der Kommunistischen Partei gefolgt. 850 Männer und Frauen füllten das Zelt des Paulsen'schen Sommertheaters. Keine andere Partei war bisher in Mannheim in der Lage, ein ähnliches Bild in Versammlungen aufzuzeigen, wie dies bei denen der Kommunistischen Partei der Fall ist. Stadtteilversammlungen der Kommunistischen Partei überbieten in der Besucherzahl den Durchschnitt der Versammlungen anderer Parteien, die sie im Rahmen Groß-Mannheims durchführen.

Nach kurzen Eröffnungsworten er-

griff Landtagsabgeordnete Langendorf das Wort. Eindringlich wies sie auf den Ernst der Ernährungslage und auf die Schrecken des bevorstehenden Winters hin. Die verantwortlichen Behörden und Minister Stoß haben wieder einmal versagt. An Stelle einer vernünftigen, den vorhandenen Möglichkeiten und den Bedürfnissen des Volkes entsprechenden Planwirtschaft haben sie zu der ihnen gewohnten Methode der Zwangswirtschaft mit all ihren unangenehmen Begleiterscheinungen Zuflucht genommen.

Nachdem sie in eindrucksvoller Weise die Arbeit der Kommunistischen Vertreter in Landtag und Stadtrat, die immer als Verteidiger der wahren Interessen des schaffenden Vol-

kes auftreten, geschildert hatte, kam sie auf die bewußt in die Massen getragene Kriegspsychose zu sprechen: „Wir Frauen werden eine Mauer sein gegen die Kriegstreiber. Wir werden keinen Krieg mehr dulden!“, rief sie aus.

Den Höhepunkt der Veranstaltung bildeten die Ausführungen unseres Bezirksvorsitzenden Willy Grimm. Er führte aus, daß die Größe des nationalen Unglücks erwarten ließ, daß das deutsche Volk die Lehren aus der Vergangenheit ziehe und mit dem Schluß machen würde, was das Charakteristikum der Diktatur Hitlers ausmache. „Es ist klar und selbstverständlich, diejenigen zu entmachten, die Schuld am Kriege und unserem Elend sind; Die Junker, die immer in Deutschland die Offizierskamarilla stellten, die monopolkapitalistischen Kriegsverbrecher und Kriegsgewinnler.“

Die Entwicklung in den Westzonen zeige aber ein anderes Bild. Die Monopolkapitalisten wären immer noch die Beherrscher von Schlüsselpositionen, die Verwaltungen seien ein Tummelplatz reaktionärer Elemente und die Junker säßen nach wie vor unangestastet auf ihrem Großgrundbesitz. Die Sozialisierungspredigt Dr. Schumachers — inzwischen hat er sie aufgegeben und das Hohelied auf den Marshall-Plan angestimmt — haben dem deutschen Volk keinen Weg aus dem Chaos gewiesen. Es wurde damit nur verschuldet, daß wie nach 1918, als der Sozialismus auf den Plakaten marschierte, die Reaktion auch wieder die Zügel in Staat und Wirtschaft fester in ihre Hand bekommen hat.

Sehr ausführlich beschäftigte sich Genosse Grimm mit dem Problem der deutschen Einheit. Die Lösung aller Fragen, der wirtschaftlichen wie der politischen, sei nur auf der Grundlage der Einheit Deutschlands, wie sie im Potsdamer Abkommen zugestanden sei, möglich. Wenn diese Einheit verwirklicht wäre, dann könnte der Ausverkauf Deutschlands nicht stattfinden und dem deutschen Volk nicht der Status eines Kolonialvolkes aufgezwungen werden.

Nicht im Marshall-Plan sei die Rettung aus der Not zu finden, sondern in dem Bewußtsein der eigenen Kraft. Wenn das werktätige Volk sich einig sei, dann würden nicht die Dinkelbach und Schlange-Schönungen, der schwarze Markt und das Kompensationsgeschäft unserer Heimat das Gesicht geben, sondern die Kräfte, die allein fähig sind, Deutschland aus dem Chaos zu führen und eine friedliche Demokratie aufzubauen.

Mit einem machtvollen Bekenntnis zum Sozialismus beendete unser Genosse Grimm seine Rede: „Mehr denn je bedeutet der Sozialismus nicht nur die Befreiung der arbeitenden Klasse, sondern die Befreiung der gesamten Menschheit von der Geißel des Imperialismus und seiner Kriege.“

Mit dem spontanen Gesang des Liedes: „Brüder zur Sonne, zur Freiheit“ wurde die Kundgebung geschlossen.

Unsere Alten hungern

Wohl am schlimmsten werden unsere Alten von der allgemeinen Not betroffen. Gerade sie, deren Gesundheitszustand und Allgemeinbefinden besonderer Pflege und sorgfältiger Betreuung bedürfte, haben unter der schwierigen Ernährungslage am meisten zu leiden.

Ein kleiner Handwerker aus Käferthal schreibt uns folgendes:

„Seit Monaten erhalten wir alten Leute über siebzig Jahre eine Milchkarte mit täglich ¼ l entrahmter Frischmilch. Leider bekommen wir, wenn wir Glück haben, diese Milch monatlich nur 8—9mal. Als Ersatz für die fehlende Milch erhalten wir alle vier Wochen zwei Handkäse, deren Qualität nicht gerade einwandfrei ist. Vor einigen Tagen war ich nun in

Schauenstern folgende Anschrift in Ladenburg und konnte an einigen sen: „Alte Leute über 70 Jahre erhalten ein Pfund Trockenmilch.“

Könnte man nicht auch in Mannheim als Ersatz für Frischmilch Trockenmilch oder Marmelade aufrufen, damit wir unser Brot nicht trocken essen müssen? Ich bin jetzt zweiundsiebzig Jahre alt und lebe nur von dem, was auf den Karten aufgerufen wird. Ich habe stets ohne Unterbrechung gearbeitet und alle meine Invalidenkarten lückenlos geklebt. Wenn es nicht bald mit der Ernährung besser wird, dann müssen wir alten Leute so langsam verhungern, denn wir sind nicht in der Lage, uns zusätzliche Lebensmittel auf dem Lande oder anderweitig zu beschaffen. Das erlaubt uns unsere Kraft und unsere Gesundheit nicht mehr.“

Stadtverwaltung gegen Kleingartenbesitzer

Wer weiß, wie sich die Kleingartenbesitzer in der Jetztzeit abmühen müssen, um aus dem ausgemergelten Boden ihres Gartens etwas herauszuholen, kann begreifen, mit welcher Entrüstung eine Anordnung der Stadtverwaltung, den Dung der Kläranlage auf der Friesenheimer Insel an einen Privatbesitzer zu verpachten, aufgenommen wurde. Die ganzen Jahre über war es den Gartenbesitzern erlaubt, sich den Dünger zu holen, wovon reichlich Gebrauch gemacht wurde, denn weder Mist noch künstlicher Dünger standen ihnen zur Verfügung. Nun ist dies plötzlich verboten, weil ein Privatbesitzer im Auftrage der Stadtverwaltung durch die Ausbeutung der Anlage ein glänzendes Geschäft machen will. Geplant ist nämlich eine Entkeimung und Trocknung der Klär- und dann der Verkauf an die Kleingärtner, natürlich zu rentablen Preisen für den Inhaber.

Wir fragen: Wieso kam es, daß die Stadtverwaltung, ohne den Stadtrat davon in Kenntnis zu setzen, eine solche Entscheidung traf. Die Kläranlage ist ein städtischer Betrieb und steht

unter städtischer Verwaltung. Der Lieferant der dort zu verarbeitenden Produkte ist die gesamte Mannheimer Bevölkerung. Sie muß aufkommen für die Steuern und Abgaben, damit der Betrieb aufrechterhalten werden kann und hat deshalb auch ein Anrecht, durch ihre Vertreter im Stadtrat darüber gehört zu werden, was mit den abfallenden Produkten geschehen soll.

Es muß verlangt werden, daß diese einschneidende Maßnahme der Stadtverwaltung rückgängig gemacht wird, zumindest aber so geregelt wird, daß die Kleingartenbesitzer nach wie vor ihren Gartendünger bei der Kläranlage auf der Friesenheimer Insel holen können.

In einer Zeit, wo der Hunger überall nagt, sollte auch die Stadtverwaltung Mannheim froh sein, wenn sich die Gartenbesitzer durch die Bebauung ihrer Gärten etwas zusätzliche Nahrung beschaffen. Sie sollte nicht so unverantwortliche Maßnahmen treffen, wodurch sich ein einzelner auf Kosten einiger tausend Menschen bereichern kann.

Zur Frage des Interzonalen Zeitungsaustausches

Einige westlich lizenzierte Zeitungen veröffentlichten eine Meldung der DPD, wonach der Versand von Zeitungen, die in den westlichen Sektoren Berlins verlegt werden, in die sowjetische Zone angeblich unterbunden sei. SNB ist bevollmächtigt mitzuteilen, daß diese Mitteilung den Tatsachen nicht entspricht. Die sowjetischen Organe haben im Gegenteil Anweisung gegeben, der Einfuhr von Zeitungen im Rahmen des interzonalen Austauschübereinkommens keine Hindernisse in den Weg zu legen.

Lungenheilstätte Rockenau

Auf Grund unseres Artikels vom 8. 1. 47 über die Verhältnisse in dieser Anstalt fand eine Kontrolle durch die Abteilung Arbeit beim Präsidenten des Landesbezirks Baden statt, welche ergab, daß die Patienten, die ihnen zustehenden Rationssätze voll erhalten haben. Die Vorwürfe gegen den Chefarzt Dr. Beckmann erwiesen sich als nicht stichhaltig.

Samstag, den 11. 10. 1947, 13 Uhr,

Funktionär-Konferenz

für Stadt und Landkreis Mannheim im Badischen Hof — Rheinau — Relaisstraße 118

Willy Grimm

Politische Zielsetzung und Aufgabenstellung der KPD bei der Gestaltung Deutschlands. (Bedeutung des 2. SED-Parteitag.)

Anette Langendorf

Unser Kampf um die Selbstverwaltung in den Gemeinden.

Unter der Lupe

Leibesvisitation und Menschenwürde

Die Bremer Cigarren-Fabriken Bussag unterhalten in Ketsch eine Filiale. 70 Frauen und Mädchen der Gemeinde sind in diesem Betrieb mit der Herstellung von Zigarren beschäftigt.

Am 28. August 1947 fühlte sich die Betriebsleitung plötzlich genötigt, eine allgemeine Leibesvisitation durchzuführen. Dieser „Großaktion“ wohnten Herr Direktor Assendorf aus Hockenheim, Herr Schöpfer aus Hockenheim, ein angeblicher Zollbeamter und eine der Belegschaft unbekannt Frau persönlich bei. Eigenartigerweise fand es die Direktion nicht für opportun, mit dem Betriebsrat diese „Aktion“ vorher zu besprechen. Die Durchführung dieser Maßnahme gab daher auch zu mannigfaltigen Beschwerden Anlaß.

Die Visitation wurde in den Kellerräumen der Firma vorgenommen und erinnerte lebhaft an jene Methoden, mit denen die Arbeiterschaft im Reich der Hitters eingeschüchert und vergewaltigt wurde.

Der Betriebsrat betrachtet dieses Vorgehen der Betriebsleitung als eine äußerst ablatende und taktlose Handlungsweise und legt hiergegen scharfen Protest ein. Diese „Großtat“ verantwortungsloser Unternehmer muß aufs energischste angeprangert werden, da sie gegen alle menschlichen, moralischen und demokratischen Grundrechte verstößt.

Es ist die Aufgabe des ADGB, die rechtliche Seite dieser Angelegenheit zu überprüfen und die Belegschaft in ihrem Kampf gegen die Unternehmerwillkür zu unterstützen.

Karlsruhe

Das „einfache“ Mittagessen

Als Oberbürgermeister Töpfer im württembergisch-badischen Regierung ankündigte, versicherte er, daß dies im einfachen Rahmen geschehe, zudem der Fraktionsvorsitzende der KPD, gewitzigt durch manche städtischen Gelage in der jüngsten Vergangenheit, diese Zusicherung besonders befriedigt zur Kenntnis nahm und die Teilnahme seiner Fraktion davon abhängig machte.

Doch siehe, als die hohen Stuttgarter Herren ankamen, war es um die Einfachheit geschehen. Wir wollen darauf verzichten, den „einfachen“ Speisezetteln und die „einfache“ Weinkarte der städtischen Gastlichkeit zu veröffentlichen. Die darbenenden Bürger von Karlsruhe könnten sonst allzuleicht aufgereizt werden. Immerhin sei folgendes der Öffentlichkeit nicht vorenthalten: Als Oberbürgermeister Töpfer den Mitgliedern unserer Regierung klarmachen wollte, daß Baden ernährungsmäßig weit schlechter als Württemberg gestellt sei, und in mancher Beziehung die Karlsruher Rationen keinen Vergleich mit denen der Stuttgarter aushalten könnten, sah sich Innenminister Ulrich zu einer bezeichnenden Entgegnung veranlaßt. Er stellte fest, daß man angesichts des reichlichen Mahles, mit dem die Stadt Karlsruhe an Gästen von der Regierung aufgewartet hat, man nicht von einer schlechteren Behandlung Badens und der Stadt Karlsruhe auf dem Gebiet der Ernährung sprechen könne.

Herr Ulrich weiß genau, daß er die Rationen des Normalverbrauchers nicht mit dem Maßstab von Staatsessen messen kann, und ob solche „einfachen“ Staatsmittagessen in Stuttgart, Karlsruhe oder Mannheim aufgetragen werden, sie unterscheiden sich immer in bezug auf Qualität und Quantität gewaltig von den Hungerrationen der arbeitenden Bevölkerung.

Ma“ halten gilt heute insbesondere für unsere höchsten Behördenvertreter und eine solche Verhöhnung der hungernden Bevölkerung kann sich der Herr Innenminister Ulrich in Zukunft ersparen. Dem Herrn Oberbürgermeister Töpfer empfehlen wir angelegentlich, in Zukunft, wenn schon offizielle Empfänge nicht umgangen werden können, dies in einem bescheidenen Rahmen zu halten, welcher der heutigen Notzeit entspricht. Die Weinbatterien sollten nicht vor den Augen der städtischen Hafenarbeiter paradien, sie wären viel zweckmäßiger im Städtischen Krankenhaus zur Verteilung gelangt. F. K. H. Dietz, Karlsruhe.

Darum brauchen wir die Bodenreform

Sehr oft kann man lesen oder hören, daß es bei uns im Westen entweder gar keinen oder doch nur wenig Großgrundbesitz gäbe. Mit dieser Behauptung wollen die Großgrundbesitzer und ihre politischen Freunde die Argumente für eine demokratische Bodenreform entkräften.

Die Wirklichkeit ist jedoch eine andere. In Nordbaden gibt es z. B. über 50 große Güter mit jeweils mehr als 100 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche. Weit größere Bedeutung hat jedoch der parzellierte und verpachtete Großgrundbesitz. Den Löwensteins und Leiningens, den Gemmingens und Vennings, Gölers und Berkheims und wie sie alle heißen ist ein nicht geringer Teil unserer badischen Bauernschaft tributpflichtig. Wie sich diese Junkerherrschaft auswirkt, und wie die Bauern durch die Großgrundbesitzer ausgebeutet, ja sogar ruiniert werden, das mögen einige Beispiele zeigen.

Neidenstein (Kreis Sinsheim)

Kein Platz für den Aufbau

Ueber Neidenstein thront die Raubritterburg des freiherrschaftlichen Ge-

schlechtes der Venningen/Ullmer. Die Burg ist zerfallen, leider aber noch nicht die Herrschaft der Nachkommen der Raubritter. 160 ha Ackerland und 101 ha Wald gehören allein in Neidenstein zu dem freiherrschaftlichen Besitztum. Das sind mehr als 40 Prozent der Gesamtfläche des Ortes. Ueber RM 20.000.— jährlich bezahlen die Neidensteiner Bauern an Pachtzinsen. Sämtliches Land ringsum den Ort gehört zum Besitztum der Grundherrschaft, während das Feld der Bauern, von schlechterer Qualität, erst in weiter Entfernung zu suchen ist.

In dem mit Flüchtlingen überfüllten Dorf kann nicht gebaut werden, weil sämtliches Baugelände der Grundherrschaft gehört. Will ein Bürger auf eigenem Grund bauen, dann müssen erst umfangreiche Erdmassen bewegt werden, um Platz für ein Haus am Bergabhang zu schaffen. Ein beträchtlicher Teil des Ortes ist an diesem Bergabhang förmlich hingeklebt. Die Misere des Mangels an Baugrund bedrückt die Dörfler also schon seit Generationen.

Platz für den Aufbau schaffen, das heißt den Großgrundbesitz enteignen

Die Landwirtschaft braucht mehr Industrieerzeugnisse

Zur Entschließung des Württemberg-Badischen Bauernverbandes

In einer Entschließung weist der Vorstand des Bauernverbandes für Württemberg-Baden sehr richtig auf den großen Preisunterschied zwischen den landwirtschaftlichen Produkten und den Industrieerzeugnissen hin, die der Bauer für die Aufrechterhaltung seines Betriebes braucht. Die Preise der landwirtschaftlichen Produkte sind heute noch auf dem Stande von 1933, während das für Industrieartikel nicht der Fall ist. Der Bauernverband fordert stärkere Belieferung der Landwirtschaft mit Industriewaren, vor allem mit Düngemitteln, Geräten, Maschinen usw. Die Entschließung beklagt, daß zwar die Landwirtschaft einer „systematischen und rücksichtslosen Kontrolle“ unterworfen sei, aber nicht der Handel und das Gewerbe.

Die logische Folgerung aus diesen Feststellungen wäre nun eigentlich die Forderung, daß auch Industrie und Handel einer systematischen Kontrolle und Ablieferungspflicht unterworfen und die Industrieproduktion planmäßig erfaßt und verteilt wird. Aber eben diese Forderung vermissen wir in der Entschließung des Bauernverbandes.

Für den Kleinpächter

Einspruchstermin nicht versäumen

Was kann der Bauer tun, wenn ihm Pachtacker gekündigt werden? Die Unkenntnis der einzelnen Bestimmungen hat schon manchem Kleingärtner schweren Schaden gebracht. Seit dem 15. März ist auf Grund des Kontrollratsgesetzes Nr. 44 unter bestimmten Voraussetzungen die Kündigung von Pachtverträgen wieder möglich. Damit ist jedoch der Pachtschutz nicht aufgehoben. Wichtig ist, daß der Kleinpächter rechtzeitig gegen die Kündigung von Pachtverträgen Einspruch erhebt und keinen Termin versäumt.

Wird ein Pachtvertrag gekündigt, so muß innerhalb zwei Monate Einspruch gegen die Kündigung erhoben werden. Läuft ein Pachtvertrag terminmäßig ab, dann muß ein halbes Jahr vor Ablauf

Wie denkt man sich eigentlich eine größere Zuteilung, wenn keine planmäßige Erfassung der Industrieerzeugnisse durchgeführt wird? Oder liebäugelt man etwa beim Vorstand des Bauernverbandes auch mit dem Gedanken der „freien Wirtschaft“, wie sie der CDU-Abgeordnete Andree im Landtag verlangt hat. Die Folgen einer Abschaffung jeder Erfassung in der Landwirtschaft müßten für das arbeitende Volk gerade katastrophal sein.

Wir vertreten den Standpunkt, daß auch die Bauernschaft die systematische Kontrolle und Erfassung der Industrieproduktion und ihre gerechte Verteilung fordern muß. Ohne eine solche wird es nicht möglich sein, auch nur die dringendsten Bedürfnisse der Landwirtschaft mit den notwendigen Industrieartikeln auf dem normalen Wege zu befriedigen. Im Bezug auf die Landwirtschaft lehnen wir solche Beschlüsse, wie hundertprozentige Beschlagnahme der Kartoffelernte und dergleichen, ab. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß ein tragbares Ablieferungssoll unter Belassung einer freien Spitze die einzige Möglichkeit ist, den Leistungswillen unserer Bauernschaft zu erhöhen. kg

des Pachtvertrages das Pachtamt anrufen werden und Verlängerung beantragen werden.

Einspruch gegen die Kündigung oder Antrag auf Verlängerung des Pachtvertrages ist beim zuständigen Amtsgewalt (Pachtamt) zu stellen.

Es ist eine Existenzfrage für einen großen Teil unserer nordbadischen Bauernschaft, sich gegen ungerechtfertigte Wegnahme von Pachtäckern zu wehren. Ungerechtfertigt ist es auf alle Fälle, wenn unsere Barone, Grafen und Fürsten, die sich meist noch nie in der Landwirtschaft betätigt haben oder aber, wenn sie schon tätig waren, ihre Unfähigkeit unter Beweis gestellt haben, jetzt selbständige Landwirte werden wollen, wie dies schon in einigen Fällen gewesen ist.

Und das gilt nicht nur für Neidenstein, sondern für ganz Deutschland. **Neckarelz (Kreis Mosbach)**

Zwei Drittel gehören den „Leiningens“

In Neckarelz sind es die Fürsten von Leiningen, welche die Bauernschaft ausbeuten und dem Aufbau im Wege stehen. Zwei Drittel der Gemarkung sind im Besitze dieses Geschlechtes. Auch dort ist es nicht möglich für einen Kleinbauern, Arbeiter oder Handwerker, Baugelände zu bekommen. Die fürstliche Verwaltung gäbe vielleicht Baugelände ab, aber nur, wenn es auf die Landabgabe für das Siedlungsgesetz angerechnet wird. Das Landessiedlungsamt aber will Grundstücke nur verpachten. Deshalb ist man auch in Neckarelz der Meinung, daß das Landessiedlungsamt eine Genossenschaft von Kapitalisten ist, die ihr Geld über eine Währungsreform hinweg in Sachwerten anlegen wollen.

Der Kleinbauer, Arbeiter und Handwerker ist dabei der Dumme.

Mauer (Kreis Heidelberg)

Pächter werden ruiniert

In Mauer ist die wirtschaftliche Existenz der Kleinbauern aufs Höchste bedroht, weil der Boden, den die Bauern bearbeiten, teilweise Eigentum der Barone von Göler und ihrer Nachkommen ist. Gisela Freytag geb. von Göler/Ravensburg läßt heute Bauern das Ackerland entziehen, Land, das seit 80 und mehr Jahren von einer Bauernfamilie kultiviert und bearbeitet wird.

Wie stellt sich der Landwirtschaftsminister zu dieser ungeheuerlichen Tatsache? Die Gemeinde schickte zwei Gemeinderäte zu Minister Stöß. Mit leeren Versprechungen kehrten sie zurück und es ist kein Wunder, daß in Mauer die Meinung verbreitet ist: „Der Landwirtschaftsminister Stöß steckte mit den adeligen Großgrundbesitzern unter einer Decke.“

Große Erbitterung herrscht auch deshalb, weil die Familie Freytag die landwirtschaftlichen Geräte, wie Pflug, Egge und dergleichen ohne weiteres bekommt, während andererseits Bauern schon Jahre vergebens versuchen, sich Geräte anzuschaffen. Für die adeligen Herrschaften ist eben immer alles da, sagt man sich in Mauer.

Die Familie des Geheimrats Freytag, ehemals Pg., bewirtschaftet nur zunächst einige Hektar des Besitzes selbst. Selbstbewirtschaftung, d. h. wohl Selbstverbrauch, denn zum arbeiten gibt es ja die Landarbeiter. Der nicht „selbst bewirtschaftete“ Besitz wird weiter verpachtet, auf unbestimmte Zeit ohne Pachtvertrag, so daß die Bauern ständig in der Gefahr sind, ihre Aecker zu verlieren. Major Freytag spielt erfolgreich die Pächter gegenständig aus, weil dieselben bedauerlicherweise unter sich nicht einig sind.

Und deshalb brauchen wir die Bodenreform. Damit die Großgrundbesitzer nicht mehr auf Kosten des hungernden Volkes ein Parasitendasein führen — damit die Pachtsklaverei endlich aufhört und der Kleinbauer nicht ewig um seinen Boden bangen muß — damit die Ausbeutung der Landarbeiter ein Ende nimmt und die Bauernfamilien aus dem Osten endlich wieder in den Besitz einer eigenen Scholle kommen können — damit in Deutschland wieder aufgebaut werden kann. kg

Herausgeber: Kommunistische Partei Deutschlands, Bezirksvorstand Nordbaden, Mannheim, S. 3, 10. Verantwortlich: Kurt W. Weber, Mannheim. Druck: Mannheimer Großdruckerei, Mannheim, R. 1, 4-6. - Herausgegeben mit Genehmigung der Nachrichten-Kontroll-Abteilung für Württemberg-Baden. - Auflage: 45.000.

Neubürger — Altbürger

Mehr Verständnis notwendig

Dem Informationsblatt der KPD Hessen vom 19. 9. entnehmen wir folgende interessante Zuschrift einer Neubürgerin:

Vorweg möchte ich sagen, daß mir die Bezeichnung „Flüchtlinge und Alt-eingesessene“ gar nicht gefällt. Ich bin Geflüchtling, aber wie meine Großeltern und Eltern in Deutschland geboren. Wenn heute mein Heimatbezirk nicht mehr zu Deutschland gehört, bin ich aber, wie viele Millionen Leidensgenossinnen, nach wie vor Bürger Deutschlands geblieben. Und

unsere jetzige Heimat Hessen ist doch auch noch ein Teil Deutschlands! Schon durch die Unterscheidung zwischen Alt- und Neubürgern wird die Gefahr hervorgerufen, einen Spalt in der Bevölkerung aufzureißen, oder, falls schon einer besteht, diesen zu vergrößern. Dabei kommt es doch heute gerade auf das gegenseitige Verstehen an! Wir Frauen, die wir zusammen in einem Hause, ja zu oft in einem Haushalt miteinander leben, die wir gemeinsam im Berufe schaffen, die wir unsere Kinder zusammen leben und spielen sehen, die wir gemeinsam

mit unseren Männern, soweit sie schon bei uns sind, die täglichen Sorgen teilen und tragen, auf uns kommt es in erster Linie an! Wir „Neu“-Bürgerinnen kommen meist aus dem Osten Deutschlands. Wir sprechen eine andere Mundart, aber auch eine deutsche. Wir sind vielleicht gewöhnt, den Tag anders einzuteilen und den Haushalt anders als ihr zu führen. Wir kommen aus der Stadt und müssen nun auf dem Lande leben und umgekehrt. Das bedeutet für uns eine wesentliche Umstellung. Wir müssen aber dafür Verständnis fordern!

Ihr „Alt“-Bürgerinnen seid auf eurem Hof und Heim ansässig, ihr habt uns mit unseren Familien aufnehmen müssen! Ihr seid in eurem Heim beengt, und in euren ererbten Gewohnheiten

gestört. Wir bedeuten euch, freiwillig oder gezwungen, Opfer.

Dieses Verständnis müssen wir aufbringen! Glaubt es uns, daß es nicht leicht ist, nur der Nehmende zu sein. Aber wir haben auch Opfer gebracht, indem wir Haus und Hof verlassen, Heimat und Gut zurücklassen mußten. Wir sind keine Zigeuner oder herumziehende Vaganten; wir würden auf jeden Fall lieber, und wenn noch so bescheiden, im eigenen Heime leben!

- So wollen wir kommunistischen Frauen mit offenem Herzen dabei vorgehen, um Verständigung herzustellen und somit tatkräftig am Aufbau unseres demokratischen Deutschland zu helfen. G. Sch.